

*Vertr.-Prof. Dr. Marc Grimm*

*Didaktik der Sozialwissenschaften der Bergischen Universität Wuppertal*

*grimm@uni-wuppertal.de*

**Laudatio zur Verleihung des Ursula Buch-Preises Ursula Buch Preis der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE), gestiftet vom Wochenschau Verlag, Frankfurt/M.**

**an Dr. Christine Engartner**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist mir eine Freude, die Laudatio anlässlich der Verleihung des Dissertationspreises der GPJE zu halten. Es ist uns als Jury nicht leichtgefallen – wir hatten zwar nur fünf Einreichungen, ein Hinweis, den Sie gern als Aufforderung verstehen dürfen, Ihre Dissertation für den Buchpreis einzureichen, wenn Sie mit der Promotion durch sind, aber fünf hochwertige Einreichung.

Die Autorinnen und Werke will ich ihnen nicht vorenthalten:

1. Globale Bildung in der Transformation von Nilda Inkermann
2. Das Mensch-Tier-Verhältnis als Gegenstand politischer Bildung von Jennifer Bloise
3. Politische Bildung zum Nahostkonflikt von Elizaveta Firsova-Eckert
4. Politische Bildung und sozial-ökologische Transformation von Julia Lingenfelder

Die Arbeit, die heute ausgezeichnet wird, trägt den Titel „Beruf und Gesellschaft. Ansprüche, Wirklichkeiten und Herausforderungen des Politikunterrichts an Berufsschulen“. Und es ist mir eine Freude, dass der diesjährige Dissertationspreis der GPJE für diese Arbeit, die außergewöhnliche wissenschaftliche Qualität und eine hohe fachliche Relevanz auszeichnet, an Dr. Christine Engartner geht.

Christine Engartner hat Lehramt studiert und danach ihre Promotion begonnen, in diesem Rahmen einen durch ein Fulbright-Stipendium geförderten Forschungsaufenthalt an der

University of California (Berkeley) absolviert. Nach Abschluss der Promotion ist sie aktuell in der Endphase Ihres Referendariats.

Der Titel der Arbeit, „Beruf und Gesellschaft“, verweist auf die Trias, die das Werk durchzieht: (1.) *den Anspruch politischer Bildung*, (2.) *die institutionellen und gesellschaftlichen Wirklichkeiten politischer Bildung* – und (3.) *deren Verhältnis zu den Subjekten, denen hier in der Institution Berufsschule Bildungsangebote gemacht werden*.

Ganz konkret lautet die Forschungsfrage, ob der *institutionelle Rahmen der Berufsschule* und die *konfliktbehafteten Lebenslagen der Auszubildenden* eine schulformspezifische Anpassung des Politikunterrichts notwendig machen.

Was Christine Engartner hier vorlegt, ist eine theoriebasierte, empirisch fundierte und normativ reflektierte Untersuchung, die ein zentrales Feld politischer Bildung ausleuchtet – eines, das in Forschung und Öffentlichkeit nicht in dem Maße berücksichtigt wird, wie die Relevanz des Themas es notwendig macht: die politische Bildung an Berufsschulen.

Dabei ist diese Relevanz kaum zu überschätzen. Engartner erinnert daran, dass die Hälfte eines Jahrgangs eine Berufsausbildung beginnt und die meisten im Rahmen der dualen Ausbildung, womit 40% eines Geburtsjahrgangs eine Berufsschule besuchen. Für viele ist die Berufsschule nicht nur der letzte Ort schulischer Bildung, sondern auch der erste – und mitunter einzige – Ort, an dem sie mit politischer Bildung in institutionalisierter Form überhaupt in Kontakt kommen. Wir wissen, zuletzt belegt etwa durch eine Studie von Susann Gessner, dass bei Auszubildenden an der Berufsschule ein enges, empiristisches Politikverständnis dominiert, das stabilisiert wird durch einen Gelegenheitsunterricht, auf Reproduktion angelegte Lernformen und die Abwesenheit diskursiver Formate.

Hier zeigt sich ein demokratietheoretisch kaum hinnehmbarer Widerspruch, der Christine Engartner als Ausgangsproblem der Dissertation dient: Gerade jene Jugendlichen, denen durch familiäre Herkunft oder prekäre Lebenslagen der Zugang zu politischer Teilhabe ohnehin erschwert ist, erhalten die geringste politische Bildung – bedingt durch die curriculare Entwertung des Faches Politik, durch die Dominanz ökonomischer Inhalte und solcher Inhalte, die im engeren Sinn auf den Beruf vorbereiten – und *nicht* etwa der Inhalte, die es den Auszubildenden erlauben würden, sich als Träger von Rechten zu begreifen, die individuell in Anspruch genommen werden, aber häufig nur kollektiv durchgesetzt werden können. Dass diese Inhalte in der Berufsschule kaum präsent sind, ist durchaus konsequent, so Engantners Argument, weil die Berufsschule durch institutionelle Machtasymmetrien gekennzeichnet ist;

wie etwa der, dass die Berufskammern die Inhalte der Abschlussprüfungen in den Fächern Wirtschaft und Politik bestimmen.

Christine Engartner analysiert diese Gemengelage mit großer analytischer Klarheit. Im ersten Teil der Dissertation führt sie in das Spannungsverhältnis von beruflicher und politischer Bildung ein, indem sie die Genese der an die Berufsbildung herangetragen Ansprüche aufklärt: Sie zeigt auf, wie der allgemeinbildende Anspruch der Berufsschule zunehmend unter ökonomischen Verwertungsdruck gerät. Ihre historische und systematische Rekonstruktion macht dabei deutlich: Was ursprünglich als emanzipatorisches Projekt gedacht war – Berufsausbildung als Ort sozialer Integration und demokratischer Befähigung –, ist entwertet worden. Dabei bleibt sie nicht bei der Kritik stehen. Im Rückgang auf zentrale Fachdebatten legt sie Pfade frei, die erkennen lassen, dass eine andere Berufsschule möglich war – und ist.

Sie entwickelt Antworten auf die Frage, wie politische Bildung unter den spezifischen Bedingungen der beruflichen Bildung konzipiert werden kann – schulformspezifisch, lebenslagenorientiert, differenzsensibel. Methodisch klärt sie ihren Untersuchungsgegenstand genetisch auf – also durch den historischen Rückgang hinter die aktuelle Sachlage und – durch eine der eigentlichen empirischen Erhebung vorgeschaltete empirische Erhebung, in der 20 ExpertInnen zu Fragen der politischen Bildung an Berufsschulen interviewt und die Ergebnisse inhaltsanalytisch ausgewertet und sodann für die Haupterhebung fruchtbar gemacht werden. Das Herzstück der Arbeit ist die zweite empirische Studie: eine rekonstruktive, qualitative Untersuchung, in der Engartner die gesellschaftlichen Orientierungen von Auszubildenden in Gruppendiskussionen erhebt und mit der dokumentarischen Methode auswertet.

Die Autorin interessiert sich hier nicht für die oberflächlichen Meinungen, nicht das politische Wissen oder die Zustimmung zu Statements. Sie fragt tiefer: Sie rekonstruiert die Sinnstrukturen, die das Verhältnis von jungen Menschen zu Gesellschaft, Politik, ihren Berufen prägen. Ihre zentrale Frage lautet: Wie deuten Auszubildende ihre soziale Position, ihre Teilhabechancen, ihre Rolle in Demokratie und Arbeitswelt?

Die Ergebnisse sind aufschlussreich – und sie geben zu denken. Engartner identifiziert vier zentrale Typen gesellschaftlicher Orientierung, die von ArbeiterInnen mit einem Bewusstsein für die Relevanz demokratischer Mitbestimmung, am einen Ende des Pols, bis hin zu Populisten am anderen Ende reichen, die den Sinn von Teilhabe, Protest und Solidarität nicht sehen, nicht sehen wollen, nicht sehen können.

Die immer wieder eingebauten Interviewauszüge sind mit großem Gewinn und spannend zu lesen, weil sie zeigen, wie sich junge Menschen einen Reim auf gesellschaftliche Herausforderungen machen und man wird hellhörig, wenn eine Gruppe von sechs jungen

Menschen in der Gruppendiskussion sich gegen *Sozialproteste* wendet, weil diese nichts bringen würden, da die Abfolge von *Sozialprotest* zu *gewalttätigen Ausschreitungen* zu *Bürgerkrieg* als notwendige Kausalkette verstanden wird – und damit weder erfolgreiche Arbeitskämpfe, aber auch die Unterschiede von Demokratien, autoritären Staaten und Diktaturen von den Frauen, die hier interviewt wurden, eingegeben werden.

Christine Engartner gelingt es, diese Typen aus dem Material herauszuschälen, bei denen jeweils spezifisch (1.) soziale Unsicherheit, (2.) beruflicher Druck und (3.) fehlende Anerkennung sich auf politische Deutungsmuster auswirken. Sie macht sichtbar, wie politische Deutungen als Antwort auf soziale Erfahrungen entstehen – und dass politische Bildung ohne die Berücksichtigung dieser Erfahrungen kaum wirksam sein kann.

Besonders bemerkenswert ist dabei, dass sie diese Typen facettenreich konturiert und die normative Inbezugsetzung zu gesellschaftspolitischen Debatten ganz hervorragend gelingt und Christine Engartner auch bildungspolitische Schlussfolgerungen aus ihren Erkenntnissen zieht. Sie fordert, politische Bildung an Berufsschulen nicht als Restgröße oder Prüfungsfach zu behandeln, sondern als eigenständige, demokratierelevante Aufgabe. Eine Aufgabe, die über ökonomische Anpassung hinausgeht und auf Urteilskraft, Kritikfähigkeit und soziale Anerkennung zielt.

Diese normative Fundierung, verbunden mit empirischer Dichte und methodischer Reflexion, macht die Arbeit zu einem herausragenden Beitrag zur politikdidaktischen Forschung. Sie ist zugleich Diagnose und Kritik wie sie zugleich eine andere, bessere Berufsschule konturiert.

Christine Engartner gelingt damit etwas Seltenes: eine Dissertation, die sowohl theoretisch überzeugt, empirisch trägt und politisch wirkt oder hoffentlich wirken wird. Eine Arbeit, die nicht nur die Politikdidaktik bereichert, sondern Impulse für Bildungspolitik, Lehrkräftebildung und schulische Praxis liefert.

Im Namen der GPJE gratuliere ich Dr. Christine Engartner sehr herzlich zu dieser herausragenden Leistung und zur Verleihung des Dissertationspreises 2025.

Herzlichen Glückwunsch – und vielen Dank für diese wichtige Arbeit.